

Vorlage für die Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes, des Fraktionsvorstandes
und der Fraktion am 27. und 28. Januar 2025

20/347

Nur zur internen Verwendung!

Entwurf

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

Table Briefings

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag dankt allen 160 Teilnehmenden des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ herzlich für ihr großes Engagement. Intensiv und eingehend haben sie sich mit dem Thema befasst und dem Bundestag neun Empfehlungen vorgelegt. Der erste Bürgerrat des Deutschen Bundestages stärkt innovative Bürgerbeteiligung, leistet einen Beitrag zur Rückkopplung zwischen gewählten Repräsentanten und Bürgern und bereichert damit unsere parlamentarische Demokratie.

Der erste Bürgerrat, der am 10. Mai 2023 durch Beschluss des Deutschen Bundestages unter dem Titel „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ eingesetzt wurde, hat im Januar 2024 seine neun Empfehlungen sowie die Querschnittsempfehlung „Ernährungsbildung“ veröffentlicht. Das Bürgergutachten wurde am 14. März 2024 im Bundestagsplenum und anschließend in den betreffenden Ausschüssen unter Federführung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft beraten (Bundestagsdrucksache 20/10300).

Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen kann die parlamentarische Beratung nicht zu Ende geführt werden. Ebenso können in der Regierungskoalition begonnene Maßnahmen, die die Umsetzung der Empfehlungen der Bürger und Bürgerinnen betreffen, nicht beendet werden.

II. Der Deutsche Bundestag empfiehlt,

die parlamentarische Beratung der Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ in der kommenden Legislatur fortzuführen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zu Empfehlung 1 „Investition in die Zukunft: Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit“:

- gemeinsam mit den Bundesländern und Kommunen ein den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechendes Konzept zu entwickeln und dabei die rechtlichen Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung des Bundes an einem möglichst kostenfreien Mittagessen für alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler zu klären;

zu Empfehlung 2 „Bewusstes Einkaufen leicht gemacht durch ein verpflichtendes staatliches Label“:

- eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines verpflichtenden staatlichen Nachhaltigkeitslabels für die Bereiche Klima, Tierwohl und Gesundheit zu beauftragen, in der die dafür notwendige Datengrundlage beleuchtet, bestehende Daten und Datenlücken aufgezeigt, die Kosten für die Einführung abgeschätzt sowie mögliche Umsetzungs- und Finanzierungskonzepte auf nationaler und EU-Ebene dargestellt werden. Die Integration bereits etablierter Labels soll geprüft werden. Das Label sollte, wie vom Bürgerrat empfohlen, wissenschaftlich fundiert und für Verbraucher leicht verständlich sein. Es sollten in einem nächsten Schritt weitere Umweltaspekte integriert werden;

zu Empfehlung 3 „Verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel“

- Unternehmen, die noch genießbare Lebensmittel an die Tafeln und ähnliche nichtkommerzielle Organisationen spenden möchten, darin zu unterstützen, weil Spenden nicht teurer als Wegwerfen sein darf. Gleichzeitig ist es wichtig, dass dabei die Lebensmittelsicherheit und klare Haftungsregeln gewährleistet werden, um Vertrauen und Qualität zu sichern;
- wie in dem vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beauftragten Rechtsgutachten „Identifikation, Bewertung sowie Handlungsempfehlungen zu rechtlichen Hemmnissen bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen und Weitergabe von Lebensmittelspenden“ als auch von den geladenen Experten des Fachgesprächs im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zu dieser Empfehlung des Bürgerrats empfohlen, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur eigenständigen Rechtsfigur des karitativen Lebensmittel-Unternehmers vorlegen;

zu Empfehlung 4 „Lebensbedingungen und Herkunft von Tieren transparent darstellen“:

- das von der Bundesregierung in dieser Legislatur geschaffene Tierhaltungskennzeichnungsgesetz sukzessive auf alle Nutztierarten, deren Lebenszyklen und auf die Außer-Haus-Verpflegung auszuweiten und damit Transparenz über die Haltungsform für alle Verbraucher sowie faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen;

zu Empfehlung 5 „Fördern statt Fordern – neuer Steuerkurs für Lebensmittel“:

- die vom Bürgerrat vorgeschlagenen Änderungen in der Besteuerung von Lebensmitteln und damit die Struktur der Mehrwertsteuer zur Kenntnis zu nehmen;

zu Empfehlung 6 „Gesunde, ausgewogene und angepasste Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern, Reha-, Senioren- und sonstigen Pflegeeinrichtungen“:

- zu diesem Zweck zeitnah eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, die die Voraussetzungen und Anforderungen für die Etablierung der Qualitätsstandards der DGE und Einführung von Qualitätsmanagementsystemen in Kranken- und Pflegeeinrichtungen untersucht. Hierbei sind Praxiserfahrungen von Kranken- und Pflegeeinrichtungen zu berücksichtigen sowie Herausforderungen und Chancen einzubeziehen, die sich für diese Einrichtungen stellen beziehungsweise ergeben, insbesondere in Bezug auf die Finanzierungssicherheit, Fachpersonal und praktische Beratung bei der Umstellung der Verpflegung;
- eine verpflichtende Einführung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in den Qualitätsmanagementsystemen (DGE) aller Krankenhäuser, Reha-, Senioren und sonstigen Pflegeeinrichtungen zur Standardisierung der Ernährungsqualität auf den Weg zu bringen, wie sie auch die Ernährungsstrategie der Bundesregierung empfiehlt;

zu Empfehlung 7 „Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls“:

- das von der Bundesregierung gestartete erfolgreiche Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung fortzuführen und auszugestalten;
- die Landwirte auf Basis langfristiger Verträge dabei zu unterstützen, die Nutztierhaltung in Deutschland artgerecht umzubauen, so wie es der Bürgerrat mit Hinblick auf die Ergebnisse des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung empfiehlt;

zu Empfehlung 8 „Altersgrenze für Energydrinks“:

- die vom Bundesinstitut für Risikobewertung in Kooperation mit der Berliner Charité durchgeführte EDKAR-Studie zu den Auswirkungen des Konsums von Energydrinks bei Jugendlichen zeitnah unter Einbeziehung aller beteiligten Ressorts auszuwerten;
- dem Wunsch des Bürgerrats folgend und auf dem Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) im Juni 2024 beruhend, einen Gesetzentwurf mit einer Altersgrenze für Energydrinks vorzulegen;

zu Empfehlung 9 „Mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz der Ergebnisse für die Öffentlichkeit“:

- die Empfehlungen des Bürgerrats bei der Novellierung der Lebensmittelkontrollleur-Verordnung (LKonV) zu berücksichtigen;
- gemeinsam mit den Bundesländern eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung von Transparenz der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen zu beauftragen, die verschiedene Möglichkeiten der öffentlich zugänglichen Darstellung der Kontrollergebnisse beleuchtet;

zur Querschnittsempfehlung Ernährungsbildung:

- der Ernährungsbildung in pädagogischen Einrichtungen und Angeboten von Kita bis Volkshochschule stets einen hohen Stellenwert einzuräumen, wie es die Bundesregierung z. B. bei der Reform des Gute-Kita-Gesetzes getan hat;
- Ernährungsbildung ebenso in den Berufsausbildungen der Gesundheits- und Pflegeberufe, der pädagogischen sowie der Koch- und Cateringausbildungen zu verankern, so wie es auch die Ernährungsstrategie der Bundesregierung vorsieht.

Berlin, den 28. Januar 2025

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Zuleitungsformular

Stand: September 2022

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Berlin, 24.1.2025

Dirk Wiese

An die
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion
Katja Mast, MdB

Kopie des ausgefüllten Zuleitungsformulars bitte an die zuständige Arbeitsgruppe zurücksenden

z.Hd. Christoph Grunske / Christian Buchholz

im Hause

Bezeichnung der Vorlage:

Antrag
der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe

- a) für die Terminierung in den Fraktionsgremien
- b) für die Behandlung im Plenum

einverstanden.

Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:

Bei Behandlung im Plenum ist Öffentlichkeitsarbeit zu prüfen, z.B. in Form eines gemeinsamen Statements von Susanne Mittag und Renate Künast

gez. Wiese

(Unterschrift)

**Anlage: Vorblatt
Vorlage**

Vorblatt

für Vorlagen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stand: Dezember 2021

Peggy Schierenbeck / Rita Hagl-Kehl

Susan Grzybek

Federführendes MdB (BE)

Tel. 74644 / 78300

Verantw. Referent/in

Tel. 51853

An den zuständigen
Stellv. Fraktionsvorsitzenden
Dirk Wiese, MdB

im Hause

Bezeichnung der Vorlage

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umgang mit den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

Botschaft und wesentlicher Inhalt (max. 300 Zeichen incl. Leerzeichen)

Gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen begrüßen wir ausdrücklich die engagierte Arbeit des Bürgerrates und danken den Teilnehmenden für ihre neun wertvollen Empfehlungen in der Ernährungspolitik. Leider konnte bislang keine der neun Empfehlungen umgesetzt werden. Trotz zahlreicher Initiativen gab es wegen der FDP keinen Konsens in der Koalition, der eine Umsetzung ermöglicht hätte. Einen über Kenntnisnahme hinausgehenden Beschluss wird auch der federführende Ausschuss nicht treffen. Mit dem Antrag positionieren sich beide Fraktionen gemeinsam zu den Empfehlungen.

Inhaltliche Abstimmung mit dem federführenden Ressort der Bundesregierung:

Nicht erforderlich

a) Inhaltliche Abstimmung mit dem Koalitionspartner
erfolgt

b) Behandlung in Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am: 28.1.2025

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien

AfD ist gegen Bürgerräte. Die CDU/CSU ist mehrheitlich dagegen. Beide Fraktionen haben den Einsetzungsbeschluss des Bundestages nicht mitgetragen. Die FDP hat der Einsetzung zugestimmt; in der Folge dann jedoch keine Gelegenheit ausgelassen, den Bürgerrat weit von sich zu weisen, zum Teil in der Öffentlichkeit schlecht zu reden.

Sonstige Bemerkungen

Bei Gesetzesentwürfen: Parallelentwurf ☐ Ja ☒ Nein

Beschlossen in der **Arbeitsgruppe**
Ernährung und Landwirtschaft

am
28.1.25

In folgenden Arbeitsgruppen mitberaten	am	Votum
1. AG FSFJ (Umlaufverfahren)	22.1.25	Zustimmung
2. AG Verbraucherpolitik (Umlaufverfahren)	24.1.25	Zustimmung
3. AG Recht (Umlaufverfahren)	22.1.25	Zustimmung
4. AG Bildung und Forschung	28.1.25	<i>Zustimmung</i>
5. AG Wirtschaft	17.1.25	Verzicht auf MB
6. AG Arbeit und Soziales (Umlaufverfahren)	24.1.25	Zustimmung
7. AG Gesundheit	28.1.25	n.o.
8. AG Umwelt	28.1.25	Zustimmung
9. AG Kommunalpolitik		n.o.

Votum der AG Haushalt zu den finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und den EU-Haushalt und der AG Finanzen zu den steuerlichen Auswirkungen

noch ausstehend.

Es war uns ein Anliegen, im Antrag keine häuslicherisch wirksamen Aussagen zu treffen.

Abstimmung mit den A-Ländern

Nicht erfolgt

Beim potentiell strittigen Thema der kostenfreien Mittagsverpflegung für Kinder in Kitas und Grundschulen verweise ich auf Aussage im SPD-Wahlprogramm 2025.

Bei Gesetzesentwürfen: Zustimmungsgesetz ☐ Ja ☐ Nein

Beteiligung des Redaktionsstabes der Gesellschaft für deutsche Sprache im Bundestag (GfdS)

☐ Ja

☒ Nein

Gewünschter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien

GfV	Am 27.1.25	Berichterstatter Dirk Wiese, MdB
FV	Am 27.1.25	Berichterstatterin Susanne Mittag, MdB
Fraktion	Am 28.1.25	Berichterstatterinnen Peggy Schierenbeck, MdB & Rita Hagl-Kehl, MdB

Einbringungsdatum:

Vorschläge für die Behandlung im Plenum

1. ~~Kernzeitdebatte / kernzeitnahe Debatte / Standarddebatte / Kurzdebatte / Reden zu Protokoll / ohne Debatte~~
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

2. x Überweisung
 a) **federführender** Ausschuss: AfEL
 b) **mitberatende/r** Ausschüsse/Ausschuss: Finanzausschuss, Ausschuss für Arbeit und Soziales, Rechtsausschuss, Gesundheitsausschuss, Umweltausschuss, Bildungsausschuss, Ausschuss FSFJ

☐ Sofortige Abstimmung bei 1. Les.im Plenum

(Bitte ankreuzen und ggf. ergänzen)

24.1.2025

(Datum)

gez. Grzybek

(Unterschrift)